

Übersichten

Außenpolitik

* (1) Rapid Zunahme des Handels zwischen China und der UdSSR

Bis Ende 1988 erwarten China und die Sowjetunion einen bilateralen Handelsaustausch in Höhe von 2,08 Mrd. US\$ - ein 30%iges Wachstum gegenüber dem Vorjahr.

Der UdSSR-Handel hat für China einen dreifachen Vorteil: Er beschränkt sich, erstens, fast ausschließlich auf Tauschhandel, bleibt also von den internationalen Währungsschwankungen unberührt, und kostet auch keine Devisen. Er ist, zweitens, relativ ausgeglichen, so daß sich China hier nicht mit dem Schuldenproblem herumzuschlagen braucht. Drittens aber kann China mit Hilfe der Sowjetunion seine Anlagen modernisieren, die es in den 50er Jahren aus dem Ostblock bezogen hat. Die Modernisierung vorhandener Anlagen anstelle von Neuinvestitionen steht ja bekanntlich mit an der Spitze der Aufgabenliste des laufenden Fünfjahresplans.

Es gibt aber auch drei Nachteile: Erstens weisen sowjetische Lieferungen häufig mangelnde Qualität auf, zweitens zeigt sich der sowjetische Partner als wenig anpassungsfähig und drittens haben die Bahnverbindungen zwischen beiden Staaten längst ihre Kapazitätsgrenze erreicht.

Gleichwohl sind beide Seiten entschlossen, das Beziehungsnetz noch dichter zu knüpfen. Am 8. Juni 1988 unterzeichneten sie zwei Vereinbarungen - eine über Joint Ventures, die andere über Handelsbeziehungen zwischen Ministerien, Verwaltungen und Unternehmen. (XNA, 8.6.88)

Seit Juli hat China den örtlichen Verwaltungen (und zwar nicht nur im Grenzgebiet, sondern auch im Landesinneren - und sogar an der

Küste) die Befugnis eingeräumt, im eigenen Namen Verträge über Tauschhandelsgeschäfte mit der Sowjetunion und mit anderen osteuropäischen Ländern abzuschließen. In der Zwischenzeit hat auf Grund dieser Erlaubnis die Autonome Region Innere Mongolei mit der sowjetischen Region von Chita ein gemeinsames Protokoll über direkten Handel abgeschlossen.

Am 15. Juli einigten sich China und die UdSSR ferner auf neue Visa-Bestimmungen: Danach brauchen chinesische und sowjetische Staatsangehörige mit gültiger Reiseerlaubnis bei geschäftlichen Besuchen im jeweils anderen Land keine Visa mehr. Die Bestimmung tritt am 13. August in Kraft. (XNA, 15.7.88) -we-

* (2) Vom Schlachtfeld an den Verhandlungstisch: Entscheidende Wende im Iran-Irak-Krieg

Die Zustimmung des Iran zur Resolution Nr. 598 des UNO-Sicherheitsrats am 18. Juli 1988 wird auch von Beijing als hoffnungsvolle Wende in dem achtjährigen blutigen Konflikt zwischen den beiden Nachbarländern am Persischen Golf gewertet. Iran und Irak hätten bisher einen hohen Preis bezahlen müssen: 1 Millionen Tote oder Verwundete, gewaltige Verluste bei der Ölgewinnung in einer Höhe von vermutlich 540 Mrd. US\$, Zerstörung zahlreicher Städte und Rückschlag der Entwicklungspolitik um 20 bis 30 Jahre - dies seien die Folgen einer Auseinandersetzung, die von China immer schon als sinnlos und beklagenswert bezeichnet wurden, obwohl die Volksrepublik, wie viele andere Länder, an dem Waffengeschäft kräftig mitverdient hat.

Aus chinesischer Sicht waren vier Hauptgründe für die neuerliche Entscheidung des Iran maßgebend, nämlich die Friedenssehnsucht der beiden Völker, das Vordringen der irakischen Streitkräfte über die iranische Grenze, die internationalen

Vermittlungsbemühungen und die Einsicht Teherans, daß seine Außenpolitik dringend einer Korrektur bedarf.

Alles in allem sei der Krieg in zwei Hauptabschnitte zerfallen: der erste reichte vom September 1980 bis Juni 1982, als der Krieg ausschließlich auf iranischem Territorium geführt wurde und der Iran in der Defensive war. In der zweiten Periode (Juli 1982 bis Anfang 1987) tobte der Krieg hauptsächlich im Irak. Während der Iran die Übermacht seiner Bodentruppe einsetzte, verteidigte sich der Irak mit Hilfe einer besseren Militärtechnik.

Die Folgen des Kriegsgeschehens trafen nicht nur die beiden Länder selbst, sondern auch die Umgebung. Bedroht waren u.a. die sechs Nachbarländer, die relativ klein sind und nur über unzureichende Streitkräfte verfügen, vor allem Saudi-Arabien und Kuwait. U.a. wurden seit dem Ausbruch des Öltankerriegs i.J. 1984 über 360 Schiffe im Persischen Golf angegriffen. 1986 verringerten sich die Einnahmen aus der Ölproduktion der sechs Golfländer um 50%. Darüber hinaus aber beeinflusste der Krieg auch die gesamte arabische Welt. Syrien und Libyen schlugen sich auf die Seite des Iran, die anderen arabischen Länder, die der gemäßigten Gruppe angehörten, aber auf die des Irak. Dadurch zerfiel - immer aus chinesischer Sicht - die gemeinsame Front der arabischen Länder gegen Israel.

Angesichts dieser Spaltungsercheinungen hätten sich auch die beiden Supermächte verstärkt einmischen können. Die USA entsandten ein Flottenkommando in den Persischen Golf, das den Schutz von Schiffen übernehmen und den Einfluß der Sowjetunion im Golfgebiet begrenzen sollte. Die Sowjetunion andererseits suchte den Einfluß der USA zu minimieren und unterstützte in höchst flexibler Weise sowohl den Iran als auch vor allem den Irak, mit dem sie bereits vor Ausbruch des Krieges einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen hatte. War der Irak im Vorteil, nahm Moskau seine Hilfe zurück, geriet er dagegen in die Defensive, erhielt er wieder verstärkte Unterstützung.

Die Wende vom 18. Juli ist aus chinesischer Sicht ein Zeichen der Hoffnung. Acht Jahre lang hätten die Vereinten Nationen, die Block-

freien Staaten, die Arabische Gipfelkonferenz, die Islamische Gipfelkonferenz und zahlreiche Länder - u.a. auch die Volksrepublik China - eine Waffenruhe befürwortet. Sie möge so schnell wie möglich eintreten. (XNA, 19., 20. u. 21.7.1988) -we-

*(3)

China fordert die Freilassung Mandelas

Seit Jahren gehören die Themen Anti-Apartheid und Pro-Mandela zu den Hauptstichwörtern der chinesischen Afrika-Berichterstattung.

Der 70.Geburtstag Nelson Mandelas am 18.Juli 1988 war Anlaß, um Hunderte von Artikeln über die Südafrika-Frage zu publizieren und die Entlassung des 1962 inhaftierten ehemaligen Vorsitzenden des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) zu fordern. (XNA, 18. u. 19.7.88)

China unterstützt in der Südafrika-Frage nicht nur den ANC moralisch und materiell (u.a. Waffenlieferungen), sondern hilft auch den Nachbarländern. Am 26.7. betonte Julius Nyerere, daß die "Unabhängigkeit einiger Länder im Süden Afrikas nicht möglich wäre ohne die effektive und volle Unterstützung von seiten der VR China". (XNA, 28.7.88) -we-

*(4)

China gratuliert der OAU zum 25jährigen Bestehen

1963 wurde die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) von 31 afrikanischen Ländern in Addis Abeba gegründet. Heute gehören ihr 50 unabhängige afrikanische Länder an. Sie beging am 25.Mai am Gründungsort in Äthiopien ihr Jubiläum.

China, das mit zu den entschiedensten Befürwortern regionaler Bündnisse gehört, sieht in der OAU eines der Hauptinstrumente für die Selbstbefreiung des Kontinents.

Mit Ausnahme Namibias (Südwestafrikas) und Südafrikas sei der Kontinent heute politisch frei und unabhängig.

Nach wie vor bestehe jedoch noch wirtschaftliche Abhängigkeit - ein Erbe der langen Kolonialherrschaft, der ungerechten Weltwirt-

schaftsordnung, der immer wiederkehrenden Naturkatastrophen, nicht zuletzt auch des Mangels an Erfahrungen und an Fachkräften.

1970 habe der 16.OAU-Gipfel die "Monrovia-Erklärung" angenommen, in der zum erstenmal eine Entwicklungsstrategie für die afrikanische Wirtschaft aufgestellt wurde. Konkretisiert wurde die Erklärung durch den später erarbeiteten "Aktionsplan von Lagos", der die Länder aufforderte, sich gegenseitig zu unterstützen, regionale Wirtschaftsgemeinschaften zu bilden und bei der Wirtschaftsentwicklung die Landwirtschaft in den Mittelpunkt zu stellen.

Folge des Aktionsplans war die Gründung der "Entwicklungs koordinationskonferenz für Südafrika", der Präferenzhandelsgebiete des Östlichen und Südlichen Afrika, der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten und eine Reihe anderer regionaler Wirtschaftsgruppen. Gegenwärtig wird die Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft für Nordafrika diskutiert.

1985 wurde ein Prioritätenprogramm für die Wirtschaftsbelebung (1986-1990) aufgestellt, an das sich inzwischen rund 30 afrikanische Länder halten. Dies sei ein erster wichtiger Erfolg.

Der im Rahmen der OAU gegründeten Südafrikanischen Entwicklungskordinationskonferenz

(SADCC) sei es gelungen, die Frontstaaten von Südafrika wirtschaftlich z.T. unabhängig zu machen. Simbabwe sei hierbei für den Getreidesektor verantwortlich und habe die Errichtung eines Saatgutlagers sowie die Beschaffung von Verarbeitungstechnologie besorgt. Botswana, das für die Koordination von landwirtschaftlichen Programmen (z.B. den Schutz gegen Tierkrankheiten und für die Agrarforschung) zuständig ist, sowie Malawi, das die Fischereientwicklung besonders betont, hätten jeweils nützliche Koordinationsbeiträge geleistet. Außerdem seien Hunderte von Kilometern Landstraßen und Eisenbahnstrecken neu- oder ausgebaut worden, um auf diese Weise den Durchgang durch südafrikanisches Staatsgebiet zu vermeiden. Geplant sei vor allem die Wiedereröffnung der Benguela-Eisenbahnlinie - eines transkontinentalen Netzes, das von Südafrika unabhängig ist. (XNA, 4.7.88)

Im Oktober 1987 haben sich die Industrieminister Afrikas getroffen, um gemeinsam mit der UNIDO Wege zur industriellen Entwicklung des Kontinents zu erarbeiten. Ferner sind OAU-Überlegungen im Gange, die gemeinsame Schuldenkrise zu überwinden.

Ein zweites Verdienst der OAU sei der Abbau von Konflikten zwischen verschiedenen afrikanischen Ländern, vor allem zwischen Tschad und Libyen, sowie zwischen Marokko und dem Polisario-Gebiet in der Westsahara. Drittens habe die OAU das Bewußtsein für die Apartheid und ihre Ungerechtigkeiten aufrecht erhalten.

Ein weiteres Verdienst sei die friedliche Bereinigung von Grenzstreitigkeiten, die noch aus der Kolonialherrschaftszeit stammten, so z.B. zwischen Äthiopien und Somalia. (XNA, 25.5.88) Äthiopien und Somalia hätten im April 1988 ihre diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen - ein Verdienst der OAU.

Zwei Hauptaufgaben oblägen der OAU nach wie vor, nämlich die Beseitigung der Apartheid und die Beendigung der wirtschaftlichen Abhängigkeit. (XNA, 25. u. 26.5.1988) -we-

*(5)

China blickt mißtrauisch auf die neue Militärmacht Japan

Mitsubishi baut Luft-, See- und Boden-/See-Raketen, Kawasaki Panzerabwehr-Raketen, die Toshiba-Gesellschaft Kurzstreckengeschosse und eine Reihe von anderen Gesellschaften drängt darauf, sich an dem Star Wars-Projekt der Amerikaner zu beteiligen. 90% der Ausgaben des japanischen Verteidigungsministeriums gehen schon heute in die japanische Rüstungsindustrie.

Ferner dehnt Japan den Begriff der "Selbstverteidigung" immer weiter aus: 1981 bereits gab die japanische Regierung ihre Absicht bekannt, künftige Seewege bis zu einer Entfernung von 1.000 Seemeilen vor der Küste zu schützen. Anfang 1987 überstiegen die Verteidigungsausgaben erstmals den Plafond von 1% des BSP. Im Zusammenhang mit den Spannungen im Persischen Golf wurden ferner Erwägungen laut, daß Japan im Wege seines Rechts auf Selbstverteidigung notfalls Minensuchboote und

Geleitschutzschiffe in den Persischen Golf entsenden solle. Ferner besteht die Möglichkeit, daß Japan bis zum Jahre 2000 seine Streitkräfte vollkommen umgerüstet hat und dann zu den modernsten Militärmächten der Welt gehört.

Lange Zeit betrachtete China diese Entwicklungen mit einem gewissen Wohlwollen, da Japan als wichtiger antihegemonistischer Partner galt. In der Zwischenzeit jedoch läßt sich aus den Meldungen Unwohlsein verspüren. Dies wird besonders dann deutlich, wenn wieder einmal Wunden aus der Vergangenheit geöffnet werden, wie dies erst vor kurzem im Zusammenhang mit der Causa Okuno der Fall war (Näheres dazu C.a. Juni 88, Ü 3). -we-

*(6)

Keine diplomatische Anerkennung Südkoreas

Ministerpräsident Li Peng erklärte am 3. Juli vor führenden Vertretern von sechs japanischen Presseorganisationen in Beijing, daß China keine Absicht habe, offizielle Beziehungen zu Südkorea aufzunehmen. China habe gleichwohl beschlossen, an den Olympischen Spielen in Seoul teilzunehmen, da es nun einmal Mitglied des IOC sei. (XNA, 3.7.88)

Im übrigen applaudiert China der Studentenbewegung Südkoreas, die durch Aufmärsche, Demonstrationen und geplante Zusammenkünfte mit nordkoreanischen Kommilitonen die Wiedervereinigung voranzutreiben wünsche. Ihr Engagement habe die Regierung Roh Tae Woo in Bedrängnis gebracht. Dies sei gut so; führten doch Gespräche zwischen den nord- und südkoreanischen Studenten zu einer Entschärfung der Spannungen auf der koreanischen Halbinsel; außerdem entsprächen Dialoge den langgehegten Wünschen der nord- und südkoreanischen Bevölkerung, die seit mehr als 40 Jahren unter der Trennung leide. -we-

*(7)

China und das "Informelle Jakarta-Treffen" über Kambodscha

Vom 25. bis 28. Juli 1988 fand in Bogor, einem Vorort von Jakarta, das "Jakarta Informal Meeting" ("JIM") statt, und zwar in zwei Phasen: zuerst trafen sich die vier kambodschanischen Parteien und dann, im zweiten Abschnitt, zusätzlich auch noch die Vertreter Vietnams (u.a. Außenminister Nguyen Co Thach), Laos' und der ASEAN-Länder - insgesamt also 12 Parteien.

Khmer-Teilnehmer an der Informellen Tagung führten zusätzlich einen Meinungs austausch mit Prinz Norodom Sihanouk, der an den Gesprächen offiziell nicht teilnahm, sondern sich als "privater" Gast des indonesischen Präsidenten Suharto zur Zeit der Konferenz in Jakarta aufhielt. Als Vertreter der vier kambodschanischen Seiten fungierten Son Sann (KPNLF), Norodom Ranariddh, der Sohn Sihanouks, (für die FUNCINPEC), Khieu Samphan (für die Khmer Rouge-Seite) und Hun Sen, Ministerpräsident der VRK.

Es war das erstmal, daß sämtliche direkt oder indirekt am Kambodscha-Konflikt beteiligten Parteien an einem Verhandlungstisch zusammenkamen, wobei allerdings stets die Fiktion galt, daß man sich nicht offiziell, sondern - eben! - nur inoffiziell gegenüberstehe.

Ziel des Treffens war es, einen Rahmen für inoffizielle Gespräche zwischen allen am Kambodscha-Konflikt direkt oder indirekt beteiligten Parteien herzustellen, um die Kambodscha-Frage einer dauerhaften Lösung zuzuführen.

Ein ganzes Bündel von Lösungsvorschlägen stand zur Diskussion.

Da war einmal die Vier-Punkte-Erklärung Chinas zur Kambodscha-Frage, die am 1. Juli 1988 vom Außenministerium abgegeben worden war: (1) vollständiger Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha als Schlüssel zur Lösung der Kambodscha-Frage. Vietnam solle sobald wie möglich einen Plan für den Abzug seiner Truppen in einer kurzen Zeitspanne herausgeben; (2) Errichtung einer provisorischen Vier-Parteien-Koalitionsregierung mit Sihanouk an der Spitze; (3) "Einfrieren" der Streitkräfte aller vier Parteien, die sich vom Zeitpunkt der Bildung der Koalitionsregierung ab nicht mehr in die Politik, vor allem aber nicht in die freien Wahlen einmischen dürften; (4) Truppenabzug, Friedenserhaltung und Wahldurchführung müßten "wirkungsvoll" kontrolliert werden. China sei bereit, gemeinsam mit anderen Ländern eine internationale Garantie für ein unabhängiges, neutrales und blockfreies Kambodscha zu übernehmen. (BRu 1988, Nr.28, S.6 f.)

Die VRK brachte beim ersten JIM-Treffen am 25.7. einen Sieben-Punkte-Plan ein: (1) Bildung eines friedlichen, unabhängigen,

demokratischen, souveränen, neutralen und blockfreien Kambodscha; (2) Abzug der vietnamesischen Truppen bis Dezember 1989 oder bis zum Ende des ersten Quartals 1990. Einstellung aller Hilfeleistungen für die "Völkermord-Gruppe Pol Pots und anderer gegnerischer Kräfte in Kambodscha durch fremde Länder". Keine Mobilisierung von Personen aus den Flüchtlingslagern; (3) Regelung der inneren Angelegenheiten Kambodschas auf der Grundlage der nationalen Aussöhnung und der Beseitigung der Pol Pot-Verbrecher; (4) Aufrechterhaltung des Status quo bis zu den allgemeinen Wahlen für eine Nationale Versammlung, zum Erlaß einer neuen Verfassung und zur Bildung einer Koalitionsregierung; (5) Bildung eines nationalen Aussöhnungsrates aus den vier Khmer-Parteien zwecks Durchführung der gegenseitigen Vereinbarungen, Organisation der allgemeinen Wahlen und der Zusammenstellung einer internationalen Kontrollkommission; (7) Einberufung eines internationalen Treffens der drei Indochinaländer, der ASEAN-Länder, der Blockfreien, der UdSSR, Chinas, Frankreichs, der USA, Großbritanniens, des UNO-Generalsekretärs sowie aller Länder, die zur Befriedung Südasiens ihren Teil beitragen wollen. (RPP in MD Asien, 26.7.88, S.2 f.)

Am 27.7. unterbreitete Sihanouk einen Fünf-Punkte-Vorschlag: (1) das Land soll den Namen Cambodia (französisch), Cambodia (englisch) und Kampuchea (Khmer) tragen; (2) Bildung einer Vier-Parteien-Regierung, die jedes Ministerium paritätisch besetzt; (3) die vier Armeen sollen bestehen bleiben und "brüderlich" in die Nationale Armee Kampuchreas (Vier-Parteien-Nationalarmee) eingegliedert und unter das Kommando eines "Vier-Parteien-Generalstabs" gestellt werden; (4) Einrichtung einer Vier-Parteien-Administration, die nach dem Kollegiumsprinzip arbeiten soll; (5) Einberufung einer internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft des UNO-Generalsekretärs unter Teilnahme der fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats, der sechs ASEAN-Staaten, Vietnams, Laos und der vier kambodschanischen Gruppen, ferner Japans, Indiens und Australiens.

Die Vier-Parteien-Regierung Kambodschas organisiert die Abhaltung der Wahlen, aus denen ein Parlament hervorgeht, das wiederum Kambodscha mit einer Verfassung ausstatten soll. (XNA, 27.7.88)

Der Vier-Punkte-Vorschlag Chinas wurde von Phnom Penh abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß China die "Massenmörder um Pol Pot aufpäppeln" wolle, daß ferner seine Anregung, einen Zeitplan aufzustellen, durch die Vorgaben Vietnams (Truppenrückzug bis spätestens März 1990) gegenstandslos geworden sein und daß der Vorschlag, eine Übergangsregierung aus vier Parteien zu bilden, "absurd" sei, da durch eine solche Übergangsregierung ja die jetzige Regierung der VRK praktisch ausgeschaltet und dadurch der Machtergreifung Pol Pots Vorschub geleistet werde.

China wiederum kritisierte an dem VRK-Plan den späten Abzug der vietnamesischen Streitkräfte.

Der Hauptwiderspruch zwischen China und Vietnam läßt sich auf die Formel zurückführen, daß Vietnam zuerst die inneren und dann erst die äußeren Probleme Kambodschas bereinigt sehen möchte, während China gerade die umgekehrte Reihenfolge für wünschenswert hält. Ferner hält China die Okkupation Kambodschas durch Vietnam, Vietnam aber die Möglichkeit einer Machtübernahme durch Pol Pot-Kräfte für das Hauptproblem (Näheres XNA, 29. u. 30.7.88).

Einziges konkretes Ergebnis der Besprechungen war der Beschluß, eine Arbeitsgruppe aus Funktionären zu bilden, die einzelne Aspekte einer politischen Lösung der Kambodscha-Frage untersuchen und bis Dezember 1988 Vorschläge für ein weiteres JIM unterbreiten soll. (VNA in SWB, 30.7.88)

China bezeichnete das Treffen als einen Mißerfolg, da die vietnamesische Seite ihre Haltung zu drei Schlüsselfragen nicht geändert habe, nämlich (1) zur Frage des baldigen Abzugs seiner Truppen, (2) zur Pol Pot-Frage und (3) zur Auflösung der Phnom Penher Regierung. (XNA, 29.7.88)

Dieser Pessimismus freilich ist nicht ganz gerechtfertigt. Immerhin muß man bedenken, daß sich die an der Kambodscha-Frage direkt oder indirekt beteiligten Parteien hier zum erstenmal getroffen haben. Noch vor wenigen Jahren wäre es ganz unvorstellbar gewesen, daß sich etwa der vietnamesische Außenminister sowie die Vertreter der Dreierkoalition des DK an einen Tisch gesetzt hätten! -we-

***(8)**
China fordert eine zusätzliche Lockerung der COCOM-Beschränkungen

Am 5. Juli forderte ein chinesischer Vertreter das "Koordinierungskomitee" (COCOM) in Paris auf, gegenüber China großzügiger zu sein. Das COCOM wurde im November 1949 gegründet und soll sicherstellen, daß strategisch relevante Güter nicht in die Hände feindlicher Mächte gelangen. Dem COCOM gehören heute 15 westliche Mitgliedsländer an, unter denen sich sämtliche hochentwickelte Staaten befinden, u.a. die USA, die BR Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Japan und die Niederlande.

Leider habe China von seiten des COCOM Behinderungen erfahren. Mitgliedsländer, die einen Satelliten mit chinesischen Raketen ins Weltall befördern möchten, müssen vorher bei COCOM um eine Genehmigung einkommen. Neuerdings hätten einige Mitgliedsländer, in dem Versuch, die chinesische Raketenkonkurrenz vom internationalen Markt zu verdrängen, China beschuldigt, die Raketenstarts zu subventionieren und damit unlauteren Wettbewerb zu treiben. Auch hätten sie versucht, den Satelliten-Technologietransfer nach China zu behindern.

Die chinesische Firma "Große Mauer", die den Satelliten-Start betreibt, sei für ihre eigenen Gewinne und Verluste verantwortlich. Die Gesellschaft müsse sogar Gewinne erwirtschaften und dem Staat Steuern zahlen. Wenn das chinesische Angebot unter dem europäischen oder amerikanischen Konkurrenten liege, so hänge dies mit den niedrigen Arbeitskosten sowie mit den relativ geringeren Gewinnerwartungen Chinas zusammen. (XNA, 5.7.88) -we-

Innenpolitik

***(9)**
2. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. NVK

Der Ständige Ausschuss des VII. NVK kam vom 25. Juni bis 1. Juli 1988 zu seiner 2. Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung des ständigen Parlamentsorgans standen u.a. folgende Punkte:

- Genehmigung der von der Zentralen Militärkommission vorgelegten "Bestimmungen über die Verleihung von Verdienstorden an Funktionäre, die aus dem Dienst der Chinesischen Volksbefreiungsarmee ausgeschieden sind" (Text der Bestimmungen in: RMRB, 3.7.88).

- Verabschiedung der "Vorschriften über die militärischen Dienstgrade der Offiziere der Chinesischen Volksbefreiungsarmee" (Text in: RMRB, 3.7.88; siehe die Übersicht "Wiedereinführung von militärischen Dienstgraden").

- Verabschiedung des Beschlusses zur Anerkennung der in der Zeit zwischen 1955 und 1965 verliehenen militärischen Dienstgrade für Offiziere (RMRB, 3.7.88).

- Verabschiedung des "Beschlusses über die vorübergehende Wahrnehmung der Funktionen des Volkskongresses der Provinz Hainan durch die Volksdelegiertenversammlung der Provinz Hainan" (Text in: RMRB, 2.7.88; zu dem politischen Hintergrund dieser Entscheidung siehe die Übersicht "Politische Schwierigkeiten und rechtliche Verstöße bei der Schaffung der Staatsorgane der neuen Provinz Hainan").

- Verabschiedung des Beschlusses über die Genehmigung der Haushaltsbilanz des Jahres 1987 und Annahme des betreffenden Berichts des stellvertretenden Finanzministers Chi Haibin (siehe RMRB, 27.6.88).

- Verabschiedung der "Arbeitschwerpunkte des Ständigen Ausschusses des VII. Nationalen Volkskongresses" (Text in: RMRB, 3.7.88; vgl. den Bericht hierzu von Peng Chong, in: RMRB, 29.6.88).

Der Arbeitsplan des Ständigen NVK-Ausschusses für die kommenden 5 Jahre steht unter der allgemeinen Aufgabe, die Reformen und die weitere Öffnung Chinas zu garantieren und weiter voranzutreiben. Im Mittelpunkt der Arbeit werden die Gesetzgebungsarbeit und der Ausbau der Kontrollfunktion des permanenten Parlamentsorgans gegenüber der Exekutive und der Judikative sein.

Bezüglich der Gesetzesarbeit wurde aus Kreisen der NVK-Gesetzkommission bekannt, daß der Ständige Ausschuss in den nächsten fünf Jahren 117 Gesetze neu ver-